

Landmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



Rundschreiben 3-2011



Gedenkstein in Anklam, Vorpommern

Heimat

*Deine Gestade umbrausen die Wogen.
Gurgelnd singt in der Tiefe das Meer.
Über dir spannen sich schimmernde Bogen.
Wolken stürmen entfesselt daher.*

*Wälder umschließen geheiligte Höhen.
Lachende Augen blicken empor.
Über den Wassern verstecken sich Böen,
branden gegen das himmlische Tor.*

*Seen, geläutert im Lichte der Sonnen,
steigen jubelnd aus dämmerndem Land.
Herrlicher quellen wohl nirgends die Bronnen,
Glücklich macht noch dein ärmlichster Strand.
(Hans Bahrs)*

Liebe Landsleute und Freunde unserer landsmannschaftlichen Vereinigung in NRW,

erfolgreich dürfen wir auf die beiden diesjährigen Ostpreußentreffen in Erfurt und auf Schloss Burg an der Wupper zurückblicken. Der Vorstand dankt allen Besuchern für ihre Teilnahme und weist in Anerkennung besonders auf die Arbeit der Damen und Herren der Gruppen aus Wuppertal, Remscheid und Solingen hin. Bedanken dürfen wir uns auch bei den jungen Leuten des BJO für ihren Informationsstand und die tatkräftige Mithilfe bei den üblichen Aufräumarbeiten.

In diesem Sinne möchten wir mit Ihrer Unterstützung weiterarbeiten.

Bis zu unserer Herbsttagung in Oberhausen (22.10.2011) grüßt Sie

Ihr Jürgen Zauner

Aufruf

Der bekannte Buchautor Heinz Schön (Überlebender der Wilhelm Gustloff Katastrophe) beabsichtigt unter dem Titel: „**Überleben hinter Stacheldraht**“ das Schicksal der deutschen Flüchtlinge in den dänischen Lagern zu dokumentieren (1945-1948). Dazu werden noch dringend weitere Berichte von Zeitzeugen gesucht.

Wir bitten Sie dieses wichtige Vorhaben zu unterstützen.

Bitte wenden Sie sich direkt an Herrn:

Heinz Schön

Auf dem Sepp 19

32107 Bad Salzuflen

Telefon: 05222-7424

Termine 2011/2012:

22. Oktober 2011 Herbst-, Kultur- und Frauentagung in Oberhausen

10. März 2012 Landesdelegierten-, Kultur- und Frauentagung

15. Juli 2012 Kleines Ostpreußentreffen auf Schloß Burg

20. Oktober 2012 Herbst-, Kultur- und Frauentagung in Oberhausen

Beziehungen* <http://www.youtube.com/watch?v=dqOmTSh4Scs>

Prof. Daschitschew: Deutsch-russische Beziehungen

Sudetendeutsche Forderungen bleiben trotz Dementi aus Prag bestehen

Zeihsel: „ČR-Verbrecher müssen sich auch nach 65 Jahren verantworten“

Politische Dementis sind aus Tschechien nichts Neues. So war es zuletzt wieder mit Karl Schwarzenbergs Aussage im ARD-Magazin *Kontraste*, nach der eine Aufhebung der Beneš-Dekrete angeblich möglich wäre. Zumindest, so erklärte es Schwarzenberg freimütig, soll es dazu in Tschechien „eine intensive und offene Diskussion“ geben. Bereits am nächsten Tag erklärte der tschechische Außenminister, falsch zitiert worden zu sein und stellte klar, dass eine Aufhebung der Beneš-Dekrete selbstverständlich nicht zur Disposition stehe. Hier gäbe es schließlich nichts zu verhandeln, meinte vor Wochen auch Tschechiens neuer Premierminister Petr Nečas. Schwarzenbergs ARD-Interview wurde im Zusammenhang mit dem unlängst in Dobrenz/Dobronín nördlich von Iglau/Jihlava gefundenen Massengrab geführt. Die Verbrechen von damals werden bis heute durch das Straffreistellungsgesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 rechtlich gedeckt. Und hier dürfte wohl aus Unwissenheit der Redaktion eine Verwechslung mit den Beneš-Dekreten passiert sein.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) nutzt die jüngste Diskussion zum Massengrab in Dobrenz bei Bergersdorf, um neben den Beneš-Dekreten die Aufhebung des Straffreistellungsgesetzes Nr. 115 zu fordern. Dieses Gesetz erklärt alle zwischen 30. September 1938 und 28. Oktober 1945 begangenen Handlungen auch dann für nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wären. Das bezog sich auf alle Verbrechen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhingen. In Wirklichkeit wurde 1945 ein grausamer Rachefeldzug gegen die Sudetendeutschen begonnen, der mit einem Völkermord endete. „Es darf daher nicht sein, daß in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union weiterhin Schwerverbrechen wie Mord und Totschlag vor einem Zugriff der Justiz geschützt werden“, empört sich Gerhard Zeihsel als Bundesobmann der SLÖ.

Zeihsel erinnert auch daran, daß die Forderung nach Aufhebung des Straffreistellungsgesetzes Nr. 115 zu den erklärten Zielen der österreichischen Vertriebenen sprecher zählt. Nach Zeihsel muß jetzt im Sog der Diskussion zu Schwarzenbergs Äußerung diese Forderung mit aller Deutlichkeit an die Adresse Prags gerichtet werden. Schließlich „ist es an der Zeit, daß die tschechischen Gewaltverbrecher von damals endlich zur Verantwortung gezogen werden“, meint Zeihsel abschließend. (Entn. Sudetendeutscher Pressedient)

Klage beim BGH wegen Nichtzulassung der Berufung

Im Hinblick auf die Untätigkeitsklage durch die „Preußische Treuhand“ gegen die Bundesrepublik Deutschland hat das Verwaltungsgericht Berlin die Klage abgewiesen und keine Berufung beim OVG zugelassen. Es wird nun eine Klage gegen die Nichtzulassung der Berufung beim Bundesgerichtshof vorbereitet. Weiterhin wird eine Klage beim EGMR für einen Bürger vorbereitet, dessen Immobilien in Stettin enteignet wurden, obwohl Stettin nicht im Potsdamer Protokoll erwähnt wird und damit völkerrechtlich in den Teilen, die rechts der Oder liegen noch zu Deutschland gehört.

Quelle: „Deutsche Umschau“ Nr.3/2011

Rückschau

Berliner Verwaltungsgericht weist Klagen ab

Folgender Sachverhalt lag den Klagen zu Grunde:

„Die Bundesregierung hat es auf Nachfrage abgelehnt, anspruchsberechtigten deutschen Vertriebenen in Eigentumsfragen gegenüber Polen diplomatischen Schutz zu gewähren. Mit dieser Entscheidung mißachtet die deutsche Regierung die menschenrechtlichen Interessen deutscher Vertriebenen und verletzt ihre verfassungsrechtliche Pflicht, für die Rechte deutscher Bürger gegenüber anderen Staaten einzutreten.

Auf anwaltliche Schreiben berief sich das Auswärtige Amt auf den Redetext von Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder vom 1. August 2004 anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes, der auch für die amtierende Bundesregierung unverändert Gültigkeit habe, so die Stellungnahme von Dezember 2007. Danach werden Vermögensfragen in Zusammenhang mit der Vertreibung und entschädigungslosen Enteignung nicht mehr aufgeworfen, um das bilaterale Verhältnis zu Polen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden Fragen zu belasten. Das Auswärtige Amt lehnte sowohl die Unterstützung individueller Klagen auf Rückübertragung deutschen Eigentums in Polen als auch diplomatischen Schutz zur Verfolgung von Rechtsinteressen deutscher Eigentümer ab. Unter Berufung auf das Zitat Gerhard Schröders hat sie zusätzlich bekräftigt, sie wolle Vermögensfragen überhaupt nicht mehr aufwerfen. Ob sich die Bundesregierung damit noch im Rahmen des ihr zustehenden Ermessens gehalten hat, ist zu prüfen.

Unter Hinweis auf die offengehaltene Eigentumsfrage und das weite Ermessen in außenpolitischen Fragen hatte das Bundesverfassungsgericht eine Verurteilung der Bundesregierung auf Grund von Vertriebenenklagen 1992 abgelehnt. Nachdem die Regierung keine Ermessensentscheidung mehr treffen will, ist eine neue Sach- und Rechtslage entstanden.

Die Preußische Treuhand unterstützt deshalb vier Klagen vor dem Berliner Verwaltungsgericht gegen die Bundesregierung, die u. a. verpflichtet werden soll, den Klägern diplomatischen Schutz gegen die Republik Polen zu gewähren, d. h., das pflichtgemäße Ermessen auszuüben, um so die Rechte der Eigentümer aus der völkerrechtswidrigen Konfiskation geltend zu machen...“ (Zitatende).

Quelle: Internet-Seite der Preußischen Treuhand

Wie bereits berichtet, hat das VG Berlin am 26. Juli 2010 obige Klagen abgewiesen. Es ist erstaunlich, daß das Verwaltungsgericht über 2 ½ Jahre brauchte, um zu der Feststellung zu gelangen, daß die Ende 2007 eingereichten Klagen „unzulässig“ seien. Das Gericht ist im Wesentlichen der Ansicht des Auswärtigen Amtes gefolgt, welches sich auf das der Bundesregierung zustehende „weite Ermessen“ beruft und dazu noch behauptet, „die gegenwärtige Bundesregierung – wie auch ihre Vorgängerin – vertrete die Auffassung, daß die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Nachbarn im östlichen Mitteleuropa nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belastet, sondern im Hinblick auf Frieden und Stabilität in Europa auf die Zukunft ausgerichtet werden sollten, was um so wichtiger sei, als die Republik Polen im Jahre 2004 der Europäischen Union beigetreten sei. Ungeachtet der mehr als zweifelhaften Erfolgsaussichten eines diplomatischen Vorstoßes würde bei einem solchen Vorgehen die innerhalb der Europäischen Union erforderliche enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen gestört und die deutsch-polnischen Beziehungen absehbar auf Jahre hinaus schwer belastet... Gleichzeitig würde nicht nur der europäische Integrationsprozeß schweren Schaden nehmen...“ (A.Bude)

Warschau entfacht Streit über Polen in Deutschland

Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien

Es war so schön geplant: Zum 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages sollte Eintracht zwischen den Ländern vermittelt werden. Allerdings sind in den letzten Wochen Turbulenzen entstanden. Es geht um nicht eingehaltene Versprechungen aus dem Vertrag, die von Polen eingefordert werden. Zwar gäbe es auf deutscher Seite weit gravierendere Vertragsverstöße in Warschau zu beklagen, jedoch hält sich Deutschland wie immer in solchen Fällen zurück. Kernforderung aus Warschau ist die Förderung der Identität der in Deutschland lebenden Polen, die nach polnischen Angaben zwei Millionen Personen umfassen soll. Hierzu werden alle polnischsprachigen Menschen in Anspruch genommen, das sind vor allem Spätaussiedler, Flüchtlinge aus kommunistischer Zeit und Arbeitsmigranten. Auch die so genannten "Ruhrpolen", die Nachfahren der vor über 100 Jahren in das Ruhrgebiet eingewanderten Polen, zählt man mit. Dreist ist in jedem Fall, die deutschen Spätaussiedler einzubeziehen, die von Polen polonisiert wurden. Ihnen war nach dem Krieg bei Strafe verboten, deutsch zu sprechen. Erst in einem mühevollen Prozeß erlernten sie die polnische Sprache und werden trotz dieser kulturellen Vergewaltigung jetzt dem polnischen Kulturkreis zugeordnet.

Identität von Polen in Deutschland soll gestärkt werden. Zur Förderung der polnischen Identität sollen der Ausbau des Polnisch-Unterrichts an deutschen Schulen, ein Dokumentationszentrum in Bochum und eine Repräsentanz für die polnische Gruppe beim Bund und bei den Ländern umgesetzt werden. Zwar ist man davon abgerückt, für in Deutschland lebende Polen den Status einer Minderheit einzufordern, weil dieser Begriff auch nicht im Nachbarschaftsvertrag enthalten ist, jedoch wird auf Bestimmungen des Vertrages hingewiesen, die den Polen in der Tat wesentliche Rechte in Deutschland zubilligen. Darin werden Personen deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, weitreichende Rechte bei der Pflege ihrer Kultur zugebilligt. Zudem hat Deutschland sich verpflichtet, die polnische Identität zu schützen und dafür Bedingungen zur Förderung zu schaffen. Der Vertrag spricht von der Gewährleistung des Unterrichts in der Muttersprache in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Wo immer dies möglich und notwendig ist, soll auch der Gebrauch der polnischen Sprache bei Behörden gewährleistet werden. Auch die Mitwirkung

von Organisationen und Vereinigungen in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung der Identität durch Kontakte bzw. Konsultationen werden versprochen. Die Repräsentanz polnischer Gruppen beim Bund und bei den Ländern finden ebenso ihren Niederschlag.

Nachbarschaftsvertrag von 1991 schlecht ausgehandelt. Wertet man den Vertrag, so sind die polnischen Forderungen durchaus nicht abwegig, zumal im Vertrag auch noch zugesagt wird, die Rechte und Verpflichtungen nach dem internationalen Standard für Minderheiten zu verwirklichen. Der Begriff "Minderheit" wird für Personen polnischer Abstammung in Deutschland - wie bereits erwähnt - zwar nicht genannt, denn eine Minderheit kann nur eine alteingesessene Bevölkerung sein, aber es werden ihnen die gleichen Rechte wie für eine Minderheit zugesagt. Schon bei Abschluß des Vertrages hatten wir dies kritisiert, weil damit Polen gegenüber Türken, Arabern oder Italienern in unzulässiger Weise privilegiert werden. Die katastrophale Vertragsgestaltung der Regierung Kohl fällt auf Deutschland zurück und schafft Streit. Inzwischen hat auch die Bundesregierung gemerkt, welche Pferdefüße in dem Abkommen stecken. Verhandlungsführer Bergner will auf jeden Fall Formulierungen in einer deutsch-polnischen Erklärung zum Vertragsjubiläum vermeiden, die zu nah an einer Minderheit für Polen in Deutschland sind. So lehnte er die von Warschau vorgeschlagene Formel "polnischstämmige deutsche Bürger" ab und schlug deshalb vor, von einer "polnischstämmigen Gruppe in Deutschland" zu sprechen. Dies lehnte allerdings Warschau ab, und die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen, mit der Vereinbarung, bis zum 17. Juni, dem 2. Jahrestag des Vertrages, eine Einigung zu erzielen. **Es verwundert, daß Deutschland** in einer Statusfrage einmal nicht auf polnische Wünsche eingeht. Man fürchtet offenbar, andere zugewanderte Gruppen könnten analoge Forderungen stellen, wenn eine polnische Minderheit als solche anerkannt würde. Eine Anerkennung als Minderheit sichert nämlich den völkerrechtlichen Anspruch auf Förderung. Die Angst davor ist stärker als die sonst gepflegte Wohlgefälligkeit gegenüber Polen. Wohlgefälligkeit war auch die Ursache für die schlechten Regelungen des Nachbarschaftsvertrages, eines Vertrages, der Polen Sonderrechte einräumt, für die verbliebenen Deutschen in der Heimat aber viele Fragen offen läßt. Die ungeklärte Frage der Staatsbürgerschaft ist dabei besonders gravierend. Daß es bisher noch keine einzige deutsche Schule und noch keinen deutschen Kindergarten im polnischen Machtbereich gibt, zählt zu den Ergebnissen des schlechten Vertrages. Da das Abkommen zu einer Zeit ausgehandelt wurde, in der Polen als wichtigstes Ziel die Grenzbestätigung vor Augen hatte, wären polnische Zugeständnisse damals eher erreichbar gewesen als jetzt. Der heutige Streit und die schwierige Situation der deutschen Volksgruppe wären vermeidbar gewesen, wenn die Bundesregierung deutsche Interessen stärker vertreten hätte. **Polen vereint im Nationalismus.** Wie zu erfahren war, steht die Regierung Tusk unter Druck nationalistischer polnischer Politiker. So forderte die deutschlandkritische Senatorin Arciszewska-Mielewczyk, die Rechte der deutschen Minderheit zu beschneiden, wenn es nicht gelänge, die Rechte der "polnischen Minderheit" in Deutschland zu erweitern. Es ist aber keineswegs so, daß nur polnische Nationalisten hinter der Forderung stecken. Auch die Regierungspartei "Bürgerplattform" (PO) des Ministerpräsidenten ließ immer wieder eine nationalistische Grundeinstellung erkennen, u. a. bei der Debatte um das Minderheitengesetz. Wenn Vertreter polnischer Vereine in Deutschland, die nicht einmal von ihren Landsleuten ernst genommen werden, Zugang zu Regierungsstellen und Kirchenämtern in Warschau haben, weiß man, wie sehr das Polentum die Politik dort prägt. Unlängst gesprochene Worte des Staatspräsidenten Komorowski in Litauen in Bezug auf die Rechte der polnischen Minderheit in diesem Land, wird man wohl von deutschen Politikern nicht hören.

Quelle: ps Pressedienst Schlesien Nr. 17/2011 – 17. Mai 2011

Frankfurter Rundschau

18 | 6 | 2011

CSU vs. Polska Zündeln gegen Polen Von Joachim Frank

Die frechsten Zündler sind die treuherzigen. Unions-Fraktionsvize Johannes Singhammer (CSU) will die Hürden für Grundstückskäufe in Polen wegräumen, weil die dortige Furcht vor einem Run aus Deutschland grundlos sei. Es gehört aber zum Wesen solcher Ängste, dass sich der irrationale Anteil nicht einfach wegbeschießen lässt. Darum ist der Ruf nach Pragmatik bloß das schlecht kaschierte Rühren an historische Wunden. Das weiß die CSU. Schon in fünf Jahren laufen die Sonderregeln aus, die sich Polen 2004 in die EU-Verträge schreiben ließ, um Skeptiker im Land leichter für Europa zu gewinnen. Für Singhammers Vorstoß gibt es keine Notwendigkeit. Sinn hat er einzig als Streicheleinheit für Ewiggestrige bei den Vertriebenen. Die fantasierten gern mal davon, mit Euro-Bündeln den Besitz zurückzuholen, von dem sie 1945 verjagt worden waren. In Tschechien kam es nicht dazu. Auch in Polen dürfte das Szenario ein Hirngespinnst bleiben. Trotzdem taugt das Thema nicht zur Profilierung der CSU als vorgebliche Garantin unverbrüchlich konservativer Gesinnung.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/meinung/zuendeln-gegen-polen/-/1472602/8569736/-/index.html>

Anmerkung: Da im August 2012 die Geschäftsstelle in Düsseldorf aufgelöst wird, bitten wir schon jetzt die Post an folgende Adresse zu senden: Buchenring 21, 59929 Brilon.

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



An die Vorsitzenden der Orts- und Kreisgruppen,
Mitglieder des erweiterten Landesvorstandes

Einladung zur Landes-Kultur- und Frauentagung

Haus Union, Schenkendorfstr, Oberhausen

am 22.10.2011

Beginn: 10.00 Uhr

Programm

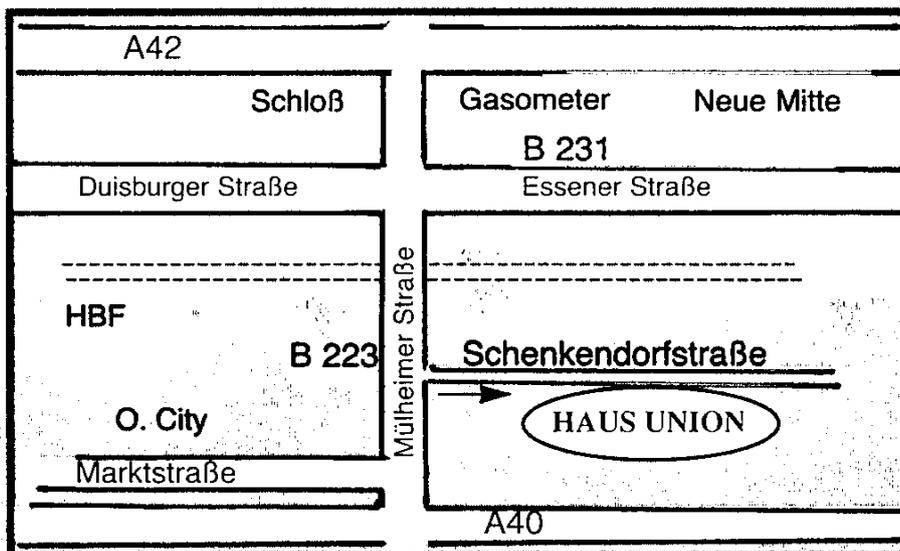
| | | |
|-----------|---|---|
| 10.00 Uhr | Beginn Eröffnung und Begrüßung, Annahme der Tagesordnung Begrüßung durch den Kreisverband Oberhausen Totenehrung Ehrungen | J. Zauner A. Nehrenheim J. Zauner |
| 10.30 Uhr | Die Enteignung in der SBZ auf besatzungshoheitlicher oder besatzungsrechtlicher Grundlage u. ihre Behandlung i. Recht der offenen Vermögensfragen | Dr.H.Rodenbach, Bundesministerium, d.Finanzen Elli Weber |
| 11.40 Uhr | Aufmunterung | |
| 12.00 Uhr | Mittagessen | |
| 13.00 Uhr | Die Arbeit der Landfrauen im südlichen Ostpreußen | Therese Gollan |
| 13.45 Uhr | Auf den Spuren von Heinrich Kleist | Dr. B. Beutner |
| 14.00 Uhr | Aufmunterung /Kaffeepause | Elli Weber |
| 15.00 Uhr | Schlußworte und Ostpreußenlied | Jürgen Zauner |

Alle Vorträge mit Diskussion
Änderungen vorbehalten

(Programmänderungen vorbehalten.)

Anreise mit dem Auto: *Straßenkarte.*

Anreise mit der Bahn: *Mit der Straßenbahn vom Bahnhof in Richtung Sterkrade bis Station „Feuerwache“ von dort 2 Minuten Fußweg.*



Bitte entrichten Sie
– wie immer – am
Eingang zum
Tagungsraum Ihre
Tagungsgebühren in Höhe
von €15,00/Person

Aussprüche über die Deutschen

Hebbel schrieb 1860:

Es ist möglich, dass der Deutsche einmal von der Weltbühne verschwindet, denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben – aber keine einzige, sich auf der Erde zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber gelingen sollte, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand eintreten, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten.

Madame de Stael, 1766 – 1817, lebte teilweise in Deutschland. Sie ist die Tochter des Finanzministers Necker unter Ludwig XVI:

Wenn den Deutschen noch so großes Unrecht angetan wird, findet sich immer ein abscurer deutscher Professor, der solange an der Objektivität herumbastelt, bis er „bewiesen“ hat, dass die Deutschen Unrecht getan haben.

Napoleon über die Deutschen:

Seine Proklamation an die Völker Europas, die Josef Görres 1814 ihn aussprechen lässt:
Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche ... Keine Lüge kann grob genug eronnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.

Thomas Mann, 1919:

In seinem Buch „Betrachtungen eines Unpolitischen“:
Die Tatsache besteht, dass die deutsche Selbstkritik bösartiger, radikaler, gehässiger ist als die jeden anderen Volkes, eine schneidend ungerechte Art der Gerechtigkeit, eine zügellose Herabsetzung des eigenen Landes nebst inbrünstiger kritikloser Verehrung anderer.

H. E. Barnes, amerikanischer Geschichtsphilosoph, 1951: Ich kenne kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, dass ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht begangen hat, es sei denn, jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden.

Immanuel Kant, 1724 – 1804, über „Wahrheit“:

Es kann sein, daß nicht alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält, denn er kann irren. Aber in allem, was er sagt, muß er wahrhaftig sein.



Die Landsmannschaft Ostpreußen ist Gründungsmitglied der Europäischen Union der Flüchtlinge u. Vertriebenen (EUFV)